

Grüne fordern kohärentere deutsche Chinapolitik



Die Bundestagsfraktion der Grünen fordert in einem Strategiepapier zur Chinapolitik eine bessere Koordination auf deutscher wie europäischer Ebene

Von Sven Hansen

Der Autor ist Asienredakteur der taz in Berlin und Mitglied im Kuratorium der Asienstiftung

Die Regierungen Deutschlands und Chinas bezeichnen die bilateralen Beziehungen schon seit einigen Jahren als „strategisch“. Unterstrichen wurde dies durch die ersten Regierungskonsultationen beider Kabinette im vergangenen Jahr. Trotzdem vermisst die Bundestagsfraktion der Grünen in der deutschen Chinapolitik einen strategischen Gesamtansatz der Bundesregierung .

„Immer noch verfolgen die Ressorts ihre je eigenen Ziele, Abstimmungsprozesse konzentrieren sich auf die Zeiträume von Staatsbesuchen,“ kritisiert die Fraktion in einem am 8. Mai verabschiedeten Papier zur deutschen Chinapolitik. Abhilfe sollte deshalb in der Bundesregierung ein Koordinator der Beziehungen zur Volksrepublik schaffen, wie es ihn z.B. im Verhältnis zu den USA längst gibt. Dies ist eine der Forderungen in dem 24-seitigen Fraktionspapier.

Um die Kohärenz der Politik gegenüber China zu verbessern und so deren Wirksamkeit zu vergrößern, müsse die deutsche Chinapolitik auch stärker auf europäischer Ebene stattfinden und dort besser koordiniert werden, fordern die Grünen. „Die uneinheitlichen Positionen der EU-Mitgliedsstaaten gegenüber Peking machen es der chinesischen Führung leicht, sie gegeneinander auszuspielen,“ heißt es zur Begründung. „Aufgrund der enormen politischen Einflussmöglichkeiten Chinas kann nur eine gemeinsame europäische Politik Werte und Interessen gegenüber China dauerhaft angemessen geltend machen.“

China sollte international stärker eingebunden werden

Zugleich machen sich die Grünen keine Illusionen über den nach ihren Worten „in vielen Politikfeldern“ nur marginalen europäischen Einfluss. Sicherheitspolitisch könne die EU nur die Rolle eines „Promotors“ für eine „zuverlässige Sicherheitsarchitektur“ spielen. „Einflussmöglichkeiten der EU basieren auf ihrer Soft Power und der Bedeutung des europäischen Marktes,“ heißt es. Ziel müsse sein, China international stärker als verantwortlichen Akteur einzubinden und die Zusammenarbeit in allen Bereichen auszubauen. Einer Eindämmungspolitik wird damit eine klare Absage erteilt.

Chinas Entwicklung zu unterstützen, ist nach Meinung der Grünen von deutschem Interesse. Dabei erschwere eine Bilateralisierung der Beziehungen die Verfolgung deutscher Anliegen gegenüber China. Vielmehr könne die Volksrepublik bei der Fortentwicklung multilateraler Rahmenbedingungen zum Verbündeten werden, meinen die Grünen, weil Peking entsprechend der wachsenden Bedeutung der Volksrepublik die internationalen Regeln zunehmend mitgestalten wird. Zugleich sehen die Grünen aber auch, dass China ähnlich wie die USA eine weitere Verrechtlichung der internationalen Beziehungen aufzuhalten versucht.

Zielvereinbarungen für Menschenrechtsdialoge

Bei den zwischen Deutschland und China schon seit Jahren praktizierten Dialogen zum Rechtsstaat und zu den Menschenrechten vermissen die Grünen klare Zielvereinbarungen und Indikatoren, die „eine bessere Wirkungsmessung“ der Dialoge ermöglichen. Auch sollten die Dialoge für die Zivilgesellschaften geöffnet werden. Generell sollte in den Beziehungen stärker an gesellschaftlichen Diskussionen in China angeknüpft sowie stärker beachtet werden, dass China kein monolithischer Akteur sei.

Negativ äußert sich die grüne Fraktion über Menschenrechtsverletzungen in China. Deshalb wird eine Aufhebung des EU-Waffenembargos abgelehnt. Um jedoch in der Menschenrechtsdebatte nicht antiwestliche Reflexe in China auszulösen wird vorgeschlagen, stärker auf die Verletzung chinesischer Gesetze und damit die innerchinesischen Widersprüche hinzuweisen. Auch wird davor gewarnt, die angestrebte stärkere Europäisierung der Chinapolitik als Vorwand zu nutzen, um auf bilateraler Ebene das Thema Menschenrechte zu vernachlässigen.

Das Papier der grünen Bundestagsfraktion wurde von der Abgeordneten Viola von Cramon initiiert. Sie ist stellvertretendes Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Bundestags und Sprecherin ihrer Fraktion für die äußeren Angelegenheiten der EU. Im Februar gehörte sie zur fraktionsübergreifenden Delegation bei der China-Reise der Bundeskanzlerin.

Mit diesem ersten umfassenden China-Papier der Grünen wollte von Cramon auch innerhalb ihrer eigenen Partei eine Debatte über die Chancen und Risiken des Aufstiegs Chinas für das bilaterale Verhältnis wie für die globalen Entwicklungen anstoßen. Die Debatte gelang insofern, als das Papier nicht wie ursprünglich geplant rechtzeitig zur Hannover-Messe im April verabschiedet wurde. Bei der Industrieschau war China das diesjährige Partnerland und der chinesische Ministerpräsident Wen Jiabao der Ehrengast, was dem Fraktionspapier sicher eine größere Aufmerksamkeit verschafft hätte.

„Differenzierteres Bild als üblich“

Die China-Expertin der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin, Gudrun Wacker, äußert sich positiv über das Papier. Es versuche, „ein differenzierteres Bild als üblich zu zeichnen“. Allerdings hätten die Defizite der Koordinierung der China-Politik stärker an konkreten Beispielen veranschaulicht werden sollen. Sie sieht ebenfalls den Mangel, dass die Bundesregierung keine ausformulierte Chinastrategie habe. Ein Strategiepapier kann „zur Klärung beitragen und als grober Orientierungsrahmen für alle Ministerien dienen“, sagt Wacker. Vor der Installation des vorgeschlagenen deutschen China-Beauftragten sollte ihrer Meinung nach zunächst klarer formuliert werden, „welche Interessen und langfristigen Ziele deutsche China-Politik verfolgt“.

Skeptisch ist die China-Wissenschaftlerin bei der angestrebten Harmonisierung der Chinapolitik auf EU-Ebene. „Die Mitgliedstaaten haben sehr unterschiedliche Interessen in Bezug auf China, auch wirtschaftlich,“ sagt sie. Sie schlägt vor, dass sich zunächst eine kleinere Gruppe der EU-Staaten über Schwerpunkte und Prioritäten verständigt und dann versucht, den Kreis innerhalb der 27 Mitgliedsstaaten zu vergrößern.

Zum Menschenrechts- und Rechtsstaatsdialog stellt sie fest, dass das westliche Interesse daran nun einmal größer sein als das offizielle chinesische. „Insgesamt werden in dem Papier aber eine Reihe guter Vorschläge dazu gemacht: Bessere Vorbereitung der

deutschen Teilnehmer, bessere Koordinierung mit dem Menschenrechtsdialog der EU, Langfristigkeit der Positionen und auch, Chinas selbst gesetzte Festlegungen zum Ausgangspunkt zu nehmen,“ so Wacker.

Erstes Chinapapier einer Bundestagsfraktion

Bisher hat keine andere Bundestagsfraktion ein Papier zur Chinapolitik vorgelegt. Im Oktober 2007 hatte die CDU/CSU ein Papier zur Asienpolitik veröffentlicht, in dem eine stärkere Werteorientierung und engere Beziehungen zu asiatischen Demokratien wie Japan, Südkorea und Indien gefordert wurden. Da die Bundeskanzlerin Angela Merkel kurz zuvor den Dalai Lama empfangen hatte, stürzten die Beziehungen zu Peking auf einen Tiefpunkt ab. Manche Kommentatoren führten dies voreilig auf das Fraktionspapier zurück, das jedoch insgesamt wirkungslos blieb. Damals wurde deutlich, dass es zwischen dem CDU-geführten Kanzleramt und dem damals SPD-geführten Auswärtigen Amt nicht nur Differenzen in der Frage des Umgangs mit dem religiösen Oberhaupt der Tibeter gab, sondern auch keine angemessene Koordination.

Die Grünen bekennen sich jetzt übrigens klar zur Ein-China-Politik, fordern aber zugleich kulturelle Selbstbestimmung für ethnische Minderheiten. „Die Bemühungen sind nur dort Erfolg versprechend, wo sie nicht von vornherein als Provokation abgetan werden können. Grundlage sollte deshalb ein Verzicht auf Forderungen nach staatlicher Souveränität von Minderheitengebieten sowie Symbolik sein, die als solche verstanden werden könnte,“ heißt es in dem Papier.

Insgesamt bewegt sich das Papier der Grünen im Mainstream der deutschen China-Politik, wobei die etwas ausgeprägtere Rhetorik zur Menschenrechtspoblematik typisch für Oppositionsparteien ist. In direktem Gegensatz zur China-Politik der gegenwärtigen Regierung aus Union und Liberalen positionieren sich die Grünen allerdings in der Frage der Entwicklungszusammenarbeit. Diese war unter dem zuständigen Minister Dirk Niebel (FDP) beendet worden. Die Grünen halten dies für einen fatalen Fehler, weil es sich längst nicht mehr um klassische Entwicklungshilfe gehandelt habe. China brauche „Angebote für moderne maßgeschneiderte Projekte und Programme, Dialoge und Beratungen. Dabei ist es selbstverständlich und wird bereits praktiziert, dass die chinesische Regierung je nach Projekt die Kosten teilweise oder sogar vollständig übernimmt,“ heisst es in dem Papier.

Die Grünen erhoffen sich von einem intensivierte Austausch mit China eine Stärkung der dortigen Zivilgesellschaft. Zugleich sehen sie Kooperationsprojekte als „wichtige Einflussmöglichkeit, um Chinas Austausch mit und Einbindung in die internationale Gemeinschaft zu stärken.“ Auch hier sehen sie nicht nur einen stärkeren Kooperationsbedarf innerhalb der Bundesregierung, sondern auch die Notwendigkeit, dies stärker auf europäischer Ebene zu bündeln.

Dies ist die ergänzte Version eines früheren, am 10.5. veröffentlichten Textes.

Link zum Papier "Für mehr Kohärenz in der China-Politik":

http://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/fraktion/beschluesse/China.pdf

Eine Veröffentlichung der Asienstiftung, Essen 2012, Bullmannau 11, 45327 Essen, www.asienhaus.de